

Antworten auf Wahlprüfsteine DIE LINKE Baden-Württemberg

- Unterstützen Sie die Forderung nach einer Verlängerung des Referendariats von derzeit 18 auf 24 Monate?

Antwort: Auf jeden Fall. Die Verkürzung des Referendariats ging auf Kosten der Qualität der Ausbildung der Referendar*innen und hatte vor allem das Ziel die Länderfinanzen zu schonen. Diese Sparpolitik wurde auf dem Rücken der Referendar*innen und im Endeffekt auch auf dem Rücken der Schüler*innen ausgetragen. Denn unter der schlechteren Ausbildung des Lehrer*innennachwuchs leiden am Ende nämlich vor allem die Schüler*innen.

- Wie stehen Sie zur Idee, eine unabhängige Stelle einzurichten, an die sich Referendarinnen und Referendare – die häufig ein Spielball zwischen Schule und Seminar sind – wenden können?

Antwort: Wir unterstützen grundsätzlich jede Idee, die die Rechte von Arbeitnehmer*innen stärkt. Gerade Referendar*innen sind oft sehr alleine gelassen und haben nur wenige Möglichkeiten Ihre Interessen zu vertreten. Seminar, Schule, der Umgang mit den Schüler*innen und der noch unbekannteren Arbeitswelt stellen die unterschiedlichsten Anforderungen dar. Referendar*innen sind einem enorm hohen Druck ausgesetzt. Daher halten wir eine unabhängige Stelle der Interessenvertretung für sinnvoll.

- Wie stehen Sie zur Forderung nach einem Modell, das für Berufseinsteiger im ersten Jahr ein Deputat von nur 20 Stunden und anschließend eine stufenweise jährliche Erhöhung um eine Stunde (bis zu maximal 23 Stunden) vorsieht?

Antwort: Das lehnen wir ab. Wir halten ein Deputat von 20 Stunden für die Obergrenze, wenn es nicht zu Überlastungen kommen soll. Nicht umsonst arbeiten viele Lehrer*innen in Teilzeit, weil mit Unterrichtsvor- und nachbereitung und Korrekturen und Sitzungen, die Arbeitsbelastungen höher ist als die reguläre Arbeitszeit.

- Wie wollen Sie im Bereich der Nutzung der sozialen Medien und der damit verbundenen Risiken den Lehrkräften den Rücken stärken und auch der allgemeinen rechtlichen Verunsicherung entgegenwirken?

Es braucht regelmäßige Weiterbildungen für Lehrkräfte für den Umgang mit sozialen Medien und digitaler Gewalt. Es gibt noch viel zu wenig Bewusstsein darüber, wie schnell ein Bild, ein Mem ein mutwillig hingeschriebener Spruch ernsthafte Traumata auslösen kann. Hier muss vor allem auch die sexualisierte Gewalt und rassistische Diskriminierung in den Blick genommen werden. Gerade im Bereich digitaler Gewalt müssen Straftaten definiert und entsprechend verfolgt werden. Dafür ist auch die Weiterbildung für Polizei und Justiz notwendig. Polizeibehörden müssen Fälle digitaler Gewalt verstehen und ernst nehmen, und sie müssen technisch in der Lage sein, Ermittlungen durchzuführen.